

Drogenpolitische Denkschrift aus Anlass der Themenwoche

„Friedensstadt Tübingen“ (22. bis 28.06.2009)

Der „war on drugs“ IST ein Krieg gegen Menschen!

Erst seit Beginn des 20. Jh. wird in den USA und Europa versucht, mittels des Strafrechts eine möglichst rauschfreie Gesellschaft zu schaffen. Durch den großen Einfluss der USA innerhalb der Vereinten Nationen setzte sich diese Tendenz ab der zweiten Jahrhunderthälfte weltweit durch. Auf die negativen Auswirkungen (Schwarzmarkt, Entstehung krimineller Strukturen) wurde mit immer intensiverer Drogenbekämpfung reagiert. 1972 prägte Richard Nixon für diese Entwicklung den Ausdruck „Krieg gegen die Drogen.“

Obwohl dieser Krieg zahllose Existenzen zerstört (jährlich ca. 150.000 Ermittlungsverfahren in Deutschland allein wegen Cannabis; sogenannte „Drogentote“ sind häufig eher Prohibitionsopfer), wird er auch von Menschen, die sonst auf Unterdrückung sensibel reagieren, vielfach nicht ernst genommen. ProhibitionsgegnerInnen wird oft unterstellt, nur den eigenen Konsum rechtfertigen zu wollen. Die Verfasserin dieses Flugblatts betont mit zwiespältigen Gefühlen, dass sie nicht einmal Alkohol oder Nikotin konsumiert, aus rechtsphilosophischen Gründen „immer schon“ prohibitionskritisch war, aber erst durch das Miterleben eines „Cannabisprozesses“ (Genauerer unter www.sichtbarewelt.de) veranlasst wurde, sich detailliert mit der Problematik zu befassen. Dass beim Thema „Prohibition“ eigenes Betroffensein nicht wie sonst als Ausweis von Kompetenz gewertet wird, ist eine Folge von Stigmatisierung und setzt diese fort.

Dadurch, dass die öffentliche Diskussion stark von Angehörigen der „helfenden Berufe“ dominiert wird, die meist nur die vergleichsweise kleine Gruppe der problematischen KonsumentInnen kennen lernen, wird außerdem der Diskurs auf Kosten politischer Aspekte einseitig „medikalisiert“ (siehe dazu: „Wider besseres Wissen – die Scheinheiligkeit der Drogenpolitik“, ISBN 3-86108-295-0).

Repression erscheint als Maßnahme zur Bewahrung bzw. Wiederherstellung der Freiheit, die den GebraucherInnen illegalisierter Drogen (unabhängig von individuellen Umgangsweisen und sozialen Zusammenhängen) angeblich durch eine „dämonische“ Macht genommen ist. Was „gerettet“ werden soll, wird dabei zerstört, und die Zerstörungen (Menschenrechtsverletzungen) werden als unvermeidbare Nebenwirkungen bzw. Kollateralschäden gerechtfertigt.

Weitere Denkanstöße

(stichwortartig und ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

dazu, was Krieg und Drogenpolitik miteinander zu tun haben

- Auch beim „Krieg gegen die Drogen“ spiel(t)en ideologisch verbrämte materielle und hegemoniale Interessen eine Rolle – so bei der Verteufelung des Hanfs, zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausgehend von den USA, möglicherweise die Tatsache, dass er als wichtiger Rohstoff eine Konkurrenz für die Produkte der aufstrebenden Kunststoffindustrie war und in der Papierherstellung Holz hätte ersetzen können; auch die Pharmaindustrie hat kein Interesse an der Legalisierung einer vielseitig einsetzbaren „natürlichen“ Medizin, die die PatientInnen kostengünstig erwerben oder sogar selbst anbauen könnten...
- Kriege werden um Drogen (Opiumkrieg) und mit Drogen geführt (Einsatz von Heroin gegen linke Massenbewegungen, s. Bommi Baumann, „Rausch und Terror“, ISBN 978-3-86789-036-6);
- Kriege erzeugen Drogenprobleme durch traumatisierte und süchtige Kriegsheimkehrer (Deutschland nach dem I. Weltkrieg, USA nach Vietnam), was zu einem Abbau bürgerlicher Rechte durch verschärfte Drogengesetze führt;

- Auch der „war on drugs“ hat imperialistische Aspekte: Der Westen bekämpft das eigene Drogenproblem auf fremdem Terrain, wo die Grundstoffe teils Produkte der traditionellen Landwirtschaft sind: So hat das Besprühen von Coca-Pflanzungen aus der Luft mit Herbiziden in Südamerika zu schweren Gesundheits- und Umweltschäden geführt.
- Wie in anderen Kriegen gelten auch im „war on drugs“ die üblichen ethischen Maßstäbe nicht: Wo bleiben die Proteste von MenschenrechtlerInnen gegen die massenhafte Erschießung (größtenteils unschuldiger) Menschen bei Drogenrazzien etwa in Thailand, die Todesstrafe auf Drogendelikte oder die Anwendung als Folter qualifizierter Ermittlungsmethoden? Wo bleibt das Mitgefühl mit Kranken, denen erschwingliche und nebenwirkungsarme Medikamente vorenthalten werden?
- Rüstung wie Prohibition verschlingen immense Ressourcen, die besser für die Schaffung menschenwürdiger, somit friedlicher und suchtresistenter Gesellschaften verwendet würden. Wirksame Präventions- und Therapiemaßnahmen wären für einen Bruchteil der jetzigen Strafverfolgungskosten zu haben.
- Schwarzmarktgelder finanzieren paramilitärische und Terrorgruppen (Taliban). Warum nicht die afghanischen Mohnernsten für den Bedarf an legalen Medikamenten in Ländern verwenden, die sich westliche Pharmaprodukte nicht leisten können?
- Krieg wie Prohibitionspolitik verschlimmern die Probleme, die sie zu lösen vorgeben, und reagieren darauf mit einem suchtartigen „Mehr Desselben“; die strukturellen Ursachen werden nicht angegangen.

Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg

Krieg – auch gegen Drogen – bedeutet Misstrauen, Angst, Entsolidarisierung, Gewaltbereitschaft, Ausgrenzung, Repression und autoritäres Denken. Friede besteht in Lebensbedingungen, die diesen Übeln keinen Nährboden bieten, sondern jedem Menschen die Chance, sich zu entfalten, ohne andere zu beeinträchtigen. Dann gäbe es keinen Grund mehr, nicht jeden Lebensentwurf zu respektieren, sofern er selbst die universellen Grundrechte respektiert.

Wir sollten uns diejenigen, die von uns gewählt werden wollen, genau daraufhin anschauen, ob sie uns diesem Zustand näher bringen – oder ob sie uns (im Fall der Drogenpolitik mit Schwarzer Pädagogik) erziehen wollen!

Einen hervorragenden Einstieg in das Thema „Drogenpolitik bietet Jürgen Hahnels Infoblatt „Armut und Ausgrenzung durch Drogenpolitik“ (www.sichtbarewelt.de)

Zum Schluss eine Bitte um Unterstützung für Jürgen Hahnel, der sich seit 15 Jahren für eine (kontrollierte) Freigabe von Cannabis und eine menschengerechte Drogenpolitik überhaupt einsetzt. Jürgen Hahnel wurde in einem äußerst fragwürdigen Verfahren wegen Cannabisbesitzes zu 15 Monaten Haft verurteilt. Da sein Versuch, die Richterin (in der Berufungsverhandlung) zu einer Normenkontrollklage gegen das Cannabisverbot zu bewegen, erfolglos war und sein Vorhaben, selbst vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, an einer Fristversäumnis scheiterte (das OLG Stuttgart, das seinen Revisionsantrag abwies, erteilte ihm keine Rechtsmittelbelehrung), blieb ihm nur noch der Weg des zivilen Ungehorsams. Er verweigerte also seine Bewährungsaufgabe (Arbeitsstunden) und muss jetzt seine Strafe „absitzen“. Informationen über den weiteren Verlauf (Widerstand) sowie ein Appell an BW-Justizminister Goll und eine Unterschriftenlisten für Jürgen Hahnels Freilassung **und** gegen die menschenverachtende Drogenpolitik sind spätestens ab Mitte Juli unter www.sichtbarewelt.de zu finden.